



Liebe Leserinnen und Leser,

Ministerpräsident Christian Wulff kandidiert nach 14 Jahren nicht mehr als Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen. Als sein Nachfolger hat er CDU-Fraktionsvorsitzenden David McAllister vorgeschlagen. Dieser Vorschlag stieß sowohl im CDU-Landesvorstand als auch in der CDU-Fraktion auf einhellige Unterstützung. Dieser Entschluss ist ein großer Vertrauensbeweis für David McAllister und verdeutlicht zudem das gute Verhältnis zwischen der Landesregierung und der CDU-Fraktion. Wir sind uns sicher, dass das Tandem Wulff/McAllister unserem Land und der CDU gute Dienste leisten wird.

Die Ereignisse in Tibet haben bereits vier Monate vor Beginn der Spiele einen dunklen Schatten auf Olympia geworfen. Der Niedersächsische Landtag hat ein wichtiges Zeichen gesetzt, indem er auf Initiative von CDU und FDP in einem Antrag die Einhaltung der Menschenrechte und Gewaltverzicht eingefordert hat. Der Landtag schließt sich dabei der Kritik der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments an der chinesischen Regierung an. Die neue Fraktion der Linken im Landtag hat allerdings unter fadenscheiniger Begründung diesem gemeinsamen Antrag der übrigen Fraktionen ihre Zustimmung versagt.

Auch an anderer Stelle zeigte die Linke, was wir von ihr in Niedersachsen erwarten können. Der Europäische Gerichtshof hat das Landesvergabegesetz für nichtig erklärt. Durch dieses Urteil wird der solide Mittelstand, der Tariflöhne zahlt, quasi von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen. Anstatt aber sorgfältig die Urteilsbegründung zu prüfen und an einer Lösung zu arbeiten, hatte die Linke nichts Besseres zu tun, als im Landtag reflexartig eine Mindestlohndebatte anzustoßen. Auch damit befindet sich die Linke auf dem falschen Weg.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Samuel Althmann

Parlamentarischer Geschäftsführer

Schulgesetznovelle

Karl-Heinz Klare: „Das Gesetz wird gründlich vorbereitet und abgestimmt“



Die CDU-Landtagsfraktion hat im April-Plenum des Niedersächsischen Landtags ihr Bekenntnis zum begabungsgerechten, differenzierten und gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem bekräftigt. Bereits in der Koalitionsvereinbarung hatten sich CDU und FDP für das gegliederte Schulsystem ausgesprochen. Vor der Wahl hatte die CDU allerdings angekündigt, in der neuen Legislaturperiode das strikte Neuerrichtungsverbot für Gesamtschulen zu lockern. Das sieht auch der Koalitionsvertrag vor.

Für die Errichtung neuer Gesamtschulen haben sich die Koalitionsfraktionen auf drei Bedingungen verständigt:

1. Der Schulträger muss einen entsprechenden Antrag stellen.
2. Es muss ein qualifizierter Elternwille nachgewiesen werden.
3. Das gegliederte Schulwesen vor Ort darf durch die Neuerrichtung nicht gefährdet werden.

„Damit wird gewährleistet, dass kein Kind gegen den Willen seiner Eltern gezwungen

wird, eine Gesamtschule zu besuchen“, stellte der CDU-Bildungsexperte fest. „Die Schulgesetznovelle wird nun gut vorbereitet und abgestimmt. Wir brauchen ein geordnetes Verfahren und keinen Schnellschuss“, so Karl-Heinz Klare weiter. Die Koalitionsfraktionen bieten deshalb zurzeit gründlich die für die Novelle notwendigen Regelungen wie etwa zu Schulbezirken, zur Aufnahmekapazität bestehender Gesamtschulen sowie zur Pflicht der Schulträger, andere Schulformen zu führen, um unter den genannten Prämissen weitere Gesamtschulen zuzulassen.

Zeitplan für Gesetzesnovelle steht

Auf einer Klausurtagung des gemeinsamen Arbeitskreises werden sich die Kultuspolitiker von CDU und FDP zu den einzelnen Details verständigen, die dann in den jeweiligen Fraktions-sitzungen Ende dieses Monats beraten werden. „Bereits im Mai bringen die Koalitionsfraktionen dann den Gesetzentwurf in den Landtag ein, so dass er Anfang Juli beschlossen werden und zum 1. August 2008 in Kraft treten kann“, teilte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende mit.



Foto: Picture-alliance

Kindgerecht: Jedes Kind hat unterschiedliche Interessen, Begabungen und Talente. CDU und FDP bekennen sich daher klar zu dem gegliederten Schulsystem Niedersachsens, das wohnortnah vorgehalten wird.

Arbeitsmarktzahlen

Björn Thümler: „Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit besonders erfreulich“



Die CDU-Landtagsfraktion sieht in den jüngsten Arbeitsmarktzahlen für Niedersachsen den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kurs der Landesregierung bestätigt. Nach Angaben der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Erwerbslosen in Niedersachsen im Vergleich zum Februar 2008 um 4 Prozent zurückgegangen, gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 15,1 Prozent. Das ist der tiefste Stand in einem März seit 15 Jahren. „Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren überdurchschnittlich gesunken ist“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler. Mit einem Rückgang im Vergleich zum Februar 2008 von 8 Prozent und im Vergleich zum März 2007 von 18,4 Prozent erreicht die Zahl von 33.849 arbeitslos gemeldeten Jugendlichen den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Arbeitslosenquote liegt mit 7,8 Prozent (März 2008: 9,5%) deutlich unter der vergleichbaren allgemeinen Quote von 9,1 Prozent.

„Dies zeigt, dass unsere Jugendlichen nach ihrer Lehre gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Viele Absolventen haben jetzt sehr schnell nach Abschluss ihrer Berufsausbildung eine Arbeitsstelle gefunden“, sagte der CDU-Wirtschaftsexperte. Weitere Instrumente wie etwa der Niedersächsische Pakt für Ausbildung 2007 bis 2009 oder die speziellen Förderprogramme der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit wie zum Beispiel das Programm „2.000 mal 2.500“ zur Förderung von Altbewerbern und Jugendlichen mit anderen Handicaps sowie das Projekt „Abschlussquote erhöhen, Berufsfähigkeit steigern“ unterstützten wirksam diese positive Entwicklung. Björn Thümler betonte, dass diese Arbeitsmarktzahlen kein Grund sind, bei der Schaffung neuer Lehrstellen nachzulassen.

„Im Gegenteil: Wir nehmen diese Zahlen als Ansporn, um die Lehrstellensituation für die junge Generation weiter zu verbessern. Wir wollen für alle jugendlichen Schulabgänger eine konkrete berufliche Perspektive, insbesondere im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2011“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende abschließend.

VW-Gesetz

Ministerpräsident Christian Wulff: „Einfluss des Landes bleibt gewahrt“



Die Landesregierung hat sich für den Fortbestand des angepassten VW-Gesetzes ausgesprochen. Im Niedersächsischen Landtag hob Ministerpräsident Christian Wulff hervor, dass dieses Gesetz keine Regelung ist, die den Aktionär Land Niedersachsen bevorteilt, sondern dass es gleichermaßen für alle Aktionäre gelte. Christian Wulff hofft, dass der jetzt vorliegende Gesetzentwurf zügig von Bundestag und Bundesrat beschlossen wird und Gesetzeskraft erlangt. Die Regelung der VW-Satzung, die eine Sperrminorität von 20 Prozent vorsieht, sollte erhalten werden, da dies bei der Bestimmung der Satzung der freie Wille der Aktionäre gewesen sei. Der Ministerpräsident kündigte an, dass die Hannoversche Beteili-



Foto: Picture-alliance

gungsgesellschaft, die die Anteile des Landes verwaltet, auf der Hauptversammlung dem Antrag der Porsche AG, eben diese Sperrminorität auf 25 Prozent zu erhöhen, nicht zustimmen werde. „Wir setzen darauf, dass es zu einer vernünftigen Anpassung der VW-Satzung an die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs kommt“, sagte Christian Wulff. Nicht alle Interessen von Porsche seien deckungsgleich mit denen von Volkswagen. „Wir haben die Interessen von Volkswagen zu vertreten und werden mithilfe unserer 20 Prozent unseren Einfluss weiterhin wahrnehmen. Der Einfluss des Landes Niedersachsen bei der VW AG im Interesse des Unternehmens und der Arbeitsplätze gewahrt“, so Christian Wulff.

Landesvergabegesetz

Ernst-August Hoppenbrock: Bauwirtschaft wirksam vor Verzerrungen schützen“



Die CDU-Landtagsfraktion hat den Oppositionsfraktionen von SPD und Linke vorgeworfen, mit ihren offensichtlich überstürzt in den Landtag eingebrachten Entwürfen für eine Neufassung des Landesvergabegesetzes nur Effekthascherei zu betreiben. Der Europäische Gerichtshof hatte Anfang April wesentliche Teile des niedersächsischen Landesvergabegesetzes wie etwa die Tariftreueerklärung in Paragraph 3 verworfen, weil sie nicht mit dem Europa-recht vereinbar sind. Mit der Tariftreueerklärung verpflichteten sich die Bauunternehmer bei öffentlichen Aufträgen, ihren Arbeitnehmern mindestens den am Ort der Leistung vorgesehenen Tariflohn zu zahlen.

Nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion Ernst-August Hoppenbrock sei es zwar notwendig, schnellstmöglich nach dem Urteil des EuGH ein neues Gesetz zu erarbeiten, allerdings müsste vorher die Urteilsbegründung intensiv ausgewertet und bei der Novellierung entsprechend berücksichtigt werden. Beides sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. „CDU und FDP wollen faire Bedingungen für die Bauhandwerker – und keine Willkür oder Dumpinglöhne. Deshalb müssen wir prüfen, wie wir das nach dem Urteil des EuGH am besten erreichen“, erklärte der CDU-Wirtschaftsexperte.

Mit vielen hier beschlossenen Regelungen greifen wir indirekt oder direkt ins Lebensumfeld und oft auch in die Einkommensverhältnisse der betroffenen Bürger ein. Deshalb wollen wir Gesetze, Erlasse oder Verordnungen nur dann beschließen, wenn sie den Bürgern tatsächlich Vorteile bringen. Aber im Gegensatz zur Opposition wollen wir nicht mehr, sondern weniger Staat“, stellte Ernst-August Hoppenbrock fest. Der Staat sollte nicht alles regeln, was geregelt werden kann, der Staat sollte nur das regeln, was geregelt werden muss. „Natürlich gibt es auch Notwendigkeiten für staatliches Handeln: Wenn dadurch Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden können. Leider ist uns durch den EuGH die schärfste Waffe unseres Landesvergabegesetzes – die Tariftreueverpflichtung – aus der Hand geschlagen worden. Es gilt nun genau zu prüfen, wie wir die heimische Bauwirtschaft trotzdem vor Verwerfungen schützen können.“

Anerkennung von Asylbewerbern Landesregierung will Härtefallkommissions- verordnung ändern



Die Landesregierung hat auf Vorschlag von Innenminister Uwe Schünemann Änderungen der Verordnung über die niederländische Härtefallkommission zur Verbandsanhörung freigegeben. Die Landesregierung hatte am 21. Juli 2006 die Verordnung über die Härtefallkommission beschlossen. Jetzt sollen sowohl der Zugang zur Härtefallkommission als auch die Voraussetzungen für den Beschluss eines Härtefallersuchens durch die Kommission erleichtert werden.

Bislang wurden Familien im Härtefallverfahren einheitlich behandelt. Künftig sollen auch einzelne Familienmitglieder ausnahmsweise Zugang zur Härtefallkommission erhalten. Eine unterschiedliche aufenthaltsrechtliche Behandlung von Ehepartnern, Lebenspartnern oder Eltern und minderjährigen Kindern kann jedoch nur in Betracht kommen, wenn Gründe vorliegen, die eine Ausnahme vom Regelfall rechtfertigen. Der Zugang zur Härtefallkommission wird auch für den Fall ermöglicht, dass sich die Rechtslage nachträglich zugunsten der Ausländerin oder des Ausländers geändert hat.

Zugang zur Härtefallkommission wird erleichtert

Darüber hinaus ist geplant, dass für ein Härtefallersuchen künftig nur noch eine 2/3-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nötig ist. Bislang waren unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder sechs Stimmen der neun Mitglieder erforderlich.

Eine Beschlussfassung über Härtefallersuchen soll jedoch nur möglich sein, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder der Härtefallkommission anwesend ist. Mit der Härtefallregelung wurde die Möglichkeit geschaffen, ausländischen Staatsangehörigen, die nach den sonstigen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes kein Aufenthaltsrecht erhalten können, aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen zu einem legalen Aufenthalt zu verhelfen. In derartigen Fällen kann die Härtefallkommission ein Ersuchen an die oberste Landesbehörde richten. Dieser ist es dann möglich, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Landesregierung fördert vier Koordinierungszentren Kinderschutz

Mechthild Ross-Luttmann: „Frühe und besser vernetzte Hilfe für Kinder“

In Hannover ist jetzt das Projekt „Koordinierungszentren Kinderschutz – Kommunale Netzwerke Früher Hilfen“ als eines von vier landesgeförderten Modellregionen in Niedersachsen offiziell gestartet. Bis zum Jahr 2010 wollen Region und Stadt in enger Kooperation mit dem Kinderkrankenhaus auf der Bult und zahlreichen weiteren Kooperationspartnern den Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung effektiv stärken. „Mit den Koordinierungszentren tragen wir zu einem besser abgestimmten Kinderschutz bei. Die Landesregierung unterstützt die kommunalen Partner dabei, bestehende Hilfen noch verlässlicher und verbindlicher einzusetzen“, sagte Familienministerin Mechthild Ross-Luttmann.

„Die tragischen Fälle von Kindesmisshandlung der jüngsten Vergangenheit unterstreichen, wie wichtig es ist, die bestehenden Hilfsangebote engermaschiger zu verknüpfen. Kein Kind darf uns verloren gehen. Wir müssen Eltern, die Probleme in der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder haben, noch besser erreichen. Damit wir bei den allerersten Anzeichen von Vernachlässigung oder gar Gewalt wirksam reagieren können, ist ein Netz früher Hilfen entscheidend“, so die Ministerin.

Standorte des Modellprojekts sind die Städte Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg sowie Stadt und Region Han-

nover. Das Land fördert die Modellprojekte mit rund 1,4 Mio. Euro. Hannover erhält eine Gesamtförderung von rund 480.000 Euro und wie die anderen Standorte eine Projektbegleitung durch ein Fachinstitut.

Die Koordinierungszentren vereinen vor allem die Früherkennung, Untersuchungen, Diagnosen und die Schutzübernahme bei Verdachts- oder Misshandlungsfällen. Es stellt Kompetenz und Expertenwissen für die medizinische, psychologische und sozialpädiatrische Betreuung von misshandelten Kindern bereit. Dazu bündelt das Koordinierungszentrum die gesamte Fallberichterstattung und bindet die anderen Institutionen ein. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Qualität und Wirksamkeit des Kinderschutzes nicht allein mit dem Ausbau „verinseltes“ Strukturen erreicht wird. „Wir setzen auf eine feste Kooperation und ein abgestimmtes Handeln von Fachkräften der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe mit den Akteuren im Gesundheitssystem“, erläuterte die Sozialministerin.

„Kinder sind grundsätzlich am besten in ihrer Familie aufgehoben. Wenn aber Gefahren und Vernachlässigung drohen, ist es erforderlich, frühzeitig mit niedrigschwelligen Angeboten einzugreifen und die vorhandenen Akteure besser miteinander zu verbinden“, so Mechthild Ross-Luttmann



Gemeinsam für mehr Kinderrechte: Thomas Walter, Sozialdezernent Stadt Hannover; Erwin Jordan, Sozialdezernent der Region Hannover; Familienministerin Mechthild Ross-Luttmann; Dr. Thomas Beushausen, Ärztlicher Direktor Kinderklinikum auf der Bult; Dr. Thorsten Wygold, Chefarzt Kinderklinikum auf der Bult (v.l.n.r.)

Initiative von CDU und FDP

Editha Lorberg: „Schülergerichte können Jugendkriminalität verhindern“



Verhandlungen von minderschweren Delikten vor so genannten Schülergerichten könnten bald in Niedersachsen eine Alternative zu herkömmlichen Gerichtsverfahren für minderjährige Schüler sein. Nach Ansicht der

Landtagsfraktionen von CDU und FDP könnten solche Gerichte dazu beitragen, Jugendkriminalität wirksam zu verhindern. Mit diesem Thema beschäftigte sich der Niedersächsische Landtag auf Antrag der beiden Koalitionsfraktionen im April-Plenum.

Der Antrag „Integration – Prävention – Repression: Jugendkriminalität wirksam verhindern“ sieht unter anderem vor, dass die Landesregierung den Einsatz von Schülergerichten prüfen soll. CDU und FDP versprechen sich davon realitätsnähere und jugendspezifischere Urteile, wenn Schüler selbst ihren Altersgenossen erzieherische Maßnahmen vorschlagen. „Die Beurteilung von Gleichaltrigen hinterlässt bei Schülern, die bei einem Vergehen ertappt worden sind, einen stärkeren Eindruck als die Beurteilung durch einen Lehrer oder Richter. Dies zeigen Erfahrungen aus den USA, wo die „teen courts“ bereits eine feste Institution sind. Aber auch Pilotprojekte aus Bayern oder Hessen haben ergeben, dass die Jugendlichen in diesen Gerichtsverfahren lernen, füreinander Verantwortung zu übernehmen“, erläuterte die CDU-Landtagsabgeordnete Editha Lorberg die Intention von Schülergerichten.

Schüler übernehmen Verantwortung füreinander

Darüber hinaus bitten die Koalitionsfraktionen in dem Antrag die Landesregierung unter anderem:

- das Handlungsprogramm Integration fortzuentwickeln und dabei die Relation von Integration und Prävention zu berücksichtigen,
- die Situation von Kindern und Jugendlichen durch die Optimierung von Bildungschancen mittels regionaler Netzwerke zu verbessern,
- Konfliktlotsenmodelle und Antiaggressionslehrgänge als Präventionsmaßnahmen an Schulen auszubauen,
- sich für die Verhängung eines so genannten Warnschussarrests neben der Verhängung einer Jugendstrafe zur Bewährung einzusetzen sowie
- sich für eine grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Täter zwischen 18 und 21 Jahren einzusetzen.

Studienbewerberzahlen steigen

Karl-Heinz Klare: „Niedersachsen ist gut vorbereitet“



Die CDU-Landtagsfraktion hat darauf hingewiesen, dass Niedersachsen auf die sich abzeichnenden, steigenden Studienbewerberzahlen gut vorbereitet ist. Die CDU/FDP-Landesregierung habe rechtzeitig und in ausreichendem Maße vorgesorgt, damit das Land auch in den nächsten Jahren eine hervorragende Adresse zum Studieren bleibt.

„Es ist bemerkenswert, dass die SPD-Abgeordnete und ehemalige Schattenministerin Gabriele Andretta unermüdlich versucht, der Öffentlichkeit ihre Ladenhüter aus dem Wahlkampf anzudrehen. Sie sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Regierungskoalition gemeinsam mit den Hochschulen längst die Rahmenbedingungen für mehr Studienplätze geschaffen hat“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Klare.

Niedersachsen erhöht Anzahl von Studienplätzen

Niedersachsen investiert nach Angaben des CDU-Bildungspolitikers im Rahmen des Hochschulpakts bis 2010 rund 110 Millionen Euro. Hinzu kämen weitere Landesmittel für die Fachhochschulen in Höhe von 31 Millionen im gleichen Zeitraum. Ab 2011 seien in der Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2008 sogar 140 Millionen Euro für rund 20.000 weitere neue Studienanfängerplätze vorgesehen. „Die Mittel dienen im Wesentlichen dazu, zusätzliches Personal einzustellen“, machte Karl-Heinz Klare deutlich.

Im Wintersemester 2007/08 sind, so Klare, die Studienanfängerplätze in Niedersachsen gut angenommen worden. Es stünden aber noch Studienplätze zur Verfügung. Die Tatsache, dass es – wie in allen anderen Bundesländern auch – zulassungsbeschränkte Studiengänge gibt, sei kein Hinweis auf fehlende Studienplätze.

„Die Vorwürfe der Abgeordneten Andretta sind nicht nachvollziehbar und sollen wohl eher von den innerparteilichen Querelen bei der SPD ablenken“, sagte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende abschließend.

Aktuelle Stunde im Landtag

David McAllister: „Justizvollzug in Niedersachsen ist erfolgreich“



CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister hat in der Aktuelle Stunde im Niedersächsischen Landtag die Entwicklung des Justizvollzuges in Niedersachsen seit 2003 als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet. So habe sich beispielsweise die Einzelhaftunterbringung im Männervollzug von rund 50 Prozent zu Zeiten des früheren Justizministers Prof. Christian Pfeifer (SPD) auf gegenwärtig 78,2 Prozent erhöht. Weiterhin sei es der Landesregierung gelungen, die Überbelegung abzubauen. Mit einer Belegungsquote von 88 Prozent liegt nach Angaben des CDU-Fraktionsvorsitzenden die niedrigste Belegung seit 15 Jahren vor.

David McAllister hob die voranschreitende Modernisierung der Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen hervor. „In den letzten Jahren sind zwei Justizvollzugsanstalten in Sehnde und in Rosdorf neu gebaut worden. Auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne in Bremervörde ist eine weitere JVA in Planung.

Ferner gebe es eine hervorragende Beschäftigungsquote der Häftlinge von ca. 76 Prozent. Damit sei die Quote seit 2002 um mehr als die Hälfte gestiegen. 4.710 Inhaftierte erlebten dadurch einen strukturierten Tagesablauf. Positiv stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende heraus, dass seit 2002 Aus- und Fortbildungsplätze um 18 Prozent auf 1.366 Plätze erhöht werden konnten.

Sicherheit der Menschen ist gestiegen

Schließlich betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende: „Im Jahr 2007 gab es keinen einzigen Ausbruch. Unter der SPD-Regierung waren es 2002 noch 12 Ausbrüche aus dem geschlossenen Vollzug.“ Dies zeigt: „Die Sicherheit der Menschen und die Resozialisierung der Gefangenen sind bei dieser Landesregierung in sehr guten Händen.“

Die Justizvollzugsbeamten in unserem Land leisten eine sehr gute Arbeit. Die jüngste Entwicklung des Justizvollzuges in Niedersachsen ist eine Erfolgsgeschichte. Die Opposition sollte diese Fakten endlich zur Kenntnis nehmen.“

Für moderne Kohlekraftwerke

Karl-Heinrich Langspecht und Martin Bäumer: „Niedersachsen als Kraftwerkstandort sichern“



Experten warnen schon seit langem vor Versorgungsengpässen und nicht mehr bezahlbarer Energie. Die erst kürzlich bekannt gewordene Studie der Deutschen Energieagentur

(dena) hat verdeutlicht, dass bei der zu erwartenden Stromnachfrage im Jahr 2020 die Jahreshöchstlast mit Kraftwerkskapazitäten nicht mehr vollständig gedeckt werden kann. Dies hätte verheerende Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Karl-Heinrich Langspecht bezeichnete deshalb im Niedersächsischen Landtag die künftige Energieversorgung als ein Kardinalproblem unserer Gesellschaft. Man müsse sich grundsätzlich darüber im Klaren werden, dass selbst bei einem Ausbau der erneuerbaren Energien von 50 Prozent, egal zu welchem Zeitpunkt, immer noch eine Versorgungslücke von 50 Prozent abzudecken sei. Für eine nachhaltige Energiepolitik sei es notwendig, die Ziele Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichwertig zu beachten.

CDU für ökologische und wirtschaftliche Energiepolitik

Eine verantwortungsvolle Energiepolitik müsse den technischen und physikalischen Realitäten gerecht werden, den Bürgern bezahlbare Energiekosten ermöglichen und die Importabhängigkeit Deutschlands verringern. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende machte deutlich, dass die CDU-Landtagsfraktion für eine ökologische und wirtschaftliche Energiepolitik steht. „Hocheffiziente, konventionelle Großkraftwerke bleiben auf absehbare Zeit das Rückgrat einer sicheren Stromversorgung. Deshalb unterstützte die Koalition die Planungen für den Neubau effizienter, klima-

freundlicher Kraftwerke“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien plädierte Karl-Heinrich Langspecht dafür, die Wirkungsgrade der Kraftwerke zu verbessern, die Kraft-Wärme-Kopplung stärker zu nutzen, zunehmend mehr Energie einzusparen und die Effizienz bei der Energiebereitstellung zu erhöhen.

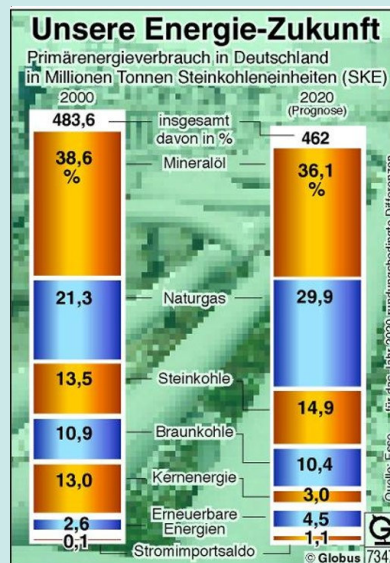
Der CDU-Umweltexperte Martin Bäumer hob anlässlich der Debatte zu den Kohlekraftwerken hervor, dass bis zum Jahr 2030 fast alle Kraftwerke in Norddeutschland



Dabei mahnte er aber an, dass es beim Ausbau der erneuerbaren Energie auch Grenzen gebe. Eine weitere Ausdehnung der Flächen könne die Pachtpreise für Ackerland in die Höhe treiben, die Landschaft verändern und dazu führen, dass wertvolles Getreide in Energie verwandelt würde. Ein Import von Nahrungsmitteln in Niedersachsen käme für das Agrarland Nr. 1 nicht in Frage. Man könne auch nicht grenzenlos Ethanol aus Brasilien oder Pflanzenöl aus Indonesien importieren, da hier massiv die Umwelt geschädigt würde. Derzeit versorge sich Niedersachsen beim Erdgas mit einer Förderung von 15,9 Mrd. Kubikmetern noch selbst. Auf Dauer werde dies jedoch nicht so bleiben, weshalb die Abhängigkeit von russischem Erdgas wachsen könne.

Neue Kohlekraftwerke haben höheren Wirkungsgrad

Bei der aktuellen Diskussion um die Ansiedlung von Kohlekraftwerken an der niedersächsischen Küste wird nach Ansicht Martin Bäumers häufig außer Acht gelassen, dass die neuen Kraftwerke Ersatzinvestitionen für alte Kraftwerke darstellen und dass diese neuen Kraftwerke einen höheren Wirkungsgrad haben. Per Saldo werde bei gleichem Energieeinsatz mehr Energie erzeugt, was die CO₂-Mengen pro erzeugter Einheit reduziere. „Darüber hinaus brauchen wir diese Kraftwerke, um die Leistungsschwankungen bei den erneuerbaren Energien auszugleichen. Deshalb liegt es im Interesse der CDU-Landtagsfraktion, Niedersachsen als Kraftwerksstandort für die Zukunft zu sichern“, so Martin Bäumer abschließend.



vom Netz gehen werden. Die Debatte um den Ersatz dieser Kraftwerke müsse also jetzt geführt werden, da der Bau von neuen Kraftwerken nicht von heute auf morgen realisiert werden könne. Der umweltpolitische Sprecher wies darauf hin, dass sich die CDU/FDP-Koalition vorgenommen habe, den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2020 auf 25 Prozent auszubauen.

Geplante Kohlekraftwerke in Niedersachsen

Im Norden Niedersachsen sind an gleich vier Orten eine Reihe von neuen Kohlekraftwerken geplant. Die Nähe zur Küste oder die Lage der Hafenstädte machen die Standorte für die Energiewirtschaft attraktiv. Die Standorte und geplanten Kraftwerke im Norden und Nordwesten Niedersachsens:

STADE: In der Hafenstadt an der Elbe sind bis zu drei Meiler mit bis zu 900 Megawatt Leistung geplant. Neben den gemeinsamen Planungen des US-Konzerns Dow Chemical und des Süddeutschen Versorgers EnBW, planen auch E.ON und der französisch-belgische Konzern Electrabel Kraftwerke.

WILHELMSHAVEN: Am künftigen Standort des Tiefwasserhafens JadeWeserPort planen Electrabel und E.ON neue Meiler. Die Kraftwerke sollen eine Leistung von 800 beziehungsweise 550 Megawatt haben. Der Stadtrat hat bereits grünes Licht gegeben.

EMDEN: Der dänische Energiekonzern Dong Energy will in der Hafenstadt einen 800 Megawatt-Kraftwerk bauen. Die Pläne sehen eine eventuelle Erweiterung um einen zweiten, ebenso leistungsstarken Block vor. Die Stadtführung lehnt Kraftwerke nach dem derzeitigen technischen Standard ab.

DÖRPEN: In der Gemeinde im Kreis Emsland ist ein 900 Megawatt-Meiler vorgesehen. Bauen will die Anlage die Schweizer Kraftwerke AG.

Land betreibt erfolgreich Wirtschaftsförderung

Als „sehr gutes Ergebnis“ hat Wirtschaftsminister Walter Hirche die Bilanz der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung 2007 bezeichnet. „Mit zinsgünstigen Unternehmenskrediten, zielgerichteten Zuschüssen und der effizienten Arbeit der NBank ist es uns im vergangenen Jahr erneut gelungen, Niedersachsens Wirtschaft wirkungsvoll zu unterstützen und das Land auf Wachstumskurs zu halten“, so der Minister, der zugleich auch Verwaltungsratsvorsitzender der NBank ist. „Mit einem nochmals um 23 Prozent gesteigerten Fördermittel-Einsatz von 673 Mio. Euro konnten 6.552 neue Arbeitsplätze und 1.757 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dabei würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen von den maßgeschneiderten Förderangeboten des Landes profitieren“, betonte Hirche. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 4.847 Unternehmen gefördert (+ 67 %), davon 2.830 Betriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern. Hirche: „Gerade diese kleinen Unternehmen mit zumeist wenig Eigenkapital brauchen unsere Unterstützung. Dabei haben sie in der Summe einen bedeutenden Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und der Schaffung neuer Arbeitsplätze“.

Neue Stabsstelle im Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

Die Landesregierung hat die Einrichtung einer „Stabsstelle Klimaschutz, Klimafolgen, Nachhaltigkeit“ im Ministerium für Umwelt und Klimaschutz beschlossen. „Wegen der großen politischen Bedeutung und zur Erleichterung der Koordination wird die Stabsstelle direkt dem Staatssekretär zugeordnet“, sagte der Minister für Umwelt und Klimaschutz, Hans-Heinrich Sander. In der Stabsstelle sollen insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

-> Gemeinsam mit den anderen Ressorts ist eine Klimaschutzstrategie der Landesregierung zu entwickeln. Im Mittelpunkt sollen dabei praxisnahe und effiziente Maßnahmen stehen.

-> Art, Ausmaß und Folgen des Klimawandels in Niedersachsen sind zu identifizieren und zu bewerten. Darauf aufbauend soll eine Gesamtstrategie des Landes zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels erarbeitet werden.

-> Alle klimaschutzrelevanten Politiken für die Landesregierung sollen koordiniert werden. So soll ein niedersächsischer Klimabericht erstellt werden, um die Maximen und Maßnahmen der Landesregierung besser zu vermitteln.

Postalische Versorgung in der Fläche erhalten

Karl-Heinrich Langspecht und Björn Thümler: „Kürzungspläne der Post dürfen nicht einseitig den ländlichen Raum benachteiligen“



Angesichts der aktuellen Pläne der Deutschen Post, bis 2011 in Niedersachsen Postfilialen durch Postagenturen oder Postpoints zu ersetzen, haben sich die stellvertreten-

den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Karl-Heinrich Langspecht und Björn Thümler: „Für eine angemessene Versorgung mit postalischen Leistungen insbesondere in den ländlichen Regionen Niedersachsens ausgesprochen. „Eine Neuorganisation der traditionellen Postämter darf nicht dazu führen, dass einzelne Standorte von der Post allein aus Rentabilitäts- und Effizienzgründen aufgegeben werden“, erklärte Karl-Heinrich Langspecht.

Deutsche Post muss ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden

„Eine Verschlechterung der Servicequalität wird auf den entschlossenen Widerstand der CDU-Landtagsfraktion treffen. Vor allem ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger trifft beispielsweise der Verlust einer erreichbaren Postbankfiliale sehr hart, weil viele Ältere ihre Rentenkonten dort führen. Die CDU-Landtagsfraktion wird darauf achten, dass die Deutsche Post ihrer sozialen Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze gerecht wird. Die von den Kürzungsplänen betroffenen Mitarbei-



ter müssen eine faire Chance und auch für die Zukunft eine konkrete Beschäftigungsperspektive erhalten“, betonte Björn Thümler.

Postagenturen sollen vollständigen Service anbieten

„Schließungen sollten regional ausgewogen sein und nicht zu postfreien Zonen in ohnehin schon benachteiligten Landesteilen führen. Auch die neuen Postagenturen sollten einen möglichst vollständigen Service anbieten. Die bisherigen Erfahrungen mit Partnerfilialen im Einzelhandel sollten bei der anstehenden Suche der Post nach neuen Partnern sorgfältig ausgewertet werden“, betonte Karl-Heinrich Langspecht. „Die CDU-Landtagsfraktion wird die Post insbesondere auch vor dem Hintergrund ihrer steuerlich privilegierten Stellung nicht aus der Verantwortung entlassen, in einem Flächenland wie Niedersachsen auch zukünftig eine angemessene Versorgung mit Postdienstleistungen vorzuhalten. Nicht nur für den einzelnen Bürger, sondern auch für Unternehmen und damit für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen insgesamt ist ein kompletter und qualitativ hochwertiger Service der Post in allen Landesteilen unverzichtbar“, sagte Björn Thümler abschließend.



Kein Rückzug aus der Fläche: Die CDU-Fraktion fordert, dass die postalischen Leistungen weiterhin angemessen angeboten werden.

Foto: Picture-alliance

CDU-Aussiedlerkonferenz fordert bessere Nutzung des Fachkräftepotenzials von Aussiedlern

Den Schwerpunkt der Aussiedlerkonferenz der CDU Deutschlands bildete in diesem Jahr das Thema „Fachkräftepotenzial von Aussiedlern besser nutzen“. In Kurzvorträgen stellten Referenten vom Bundesarbeitsministerium oder von der Bundesärztekammer die Integration von Aussiedlern in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt dar und informierten über erforderliche Verbesserungen bei der Anerkennung von berufli-

chen und akademischen Qualifikationen. Die Aussiedlerbeauftragte der CDU-Fraktion Editha Lorberg forderte, dass die Qualifikation von Aussiedlern auf dem Arbeitsmarkt eine stärkere Gewichtung erhalten müsse: „Es kann nicht sein, dass wir im Ausland um Facharbeiter und Akademiker werben und hierzulande die Abschlüsse von Aussiedlern nur über völlig überzogene und inakzeptable Nachqualifikationen anerkennen.“



CDU-Landesvorsitz

Christian Wulff schlägt David McAllister als Nachfolger vor



Ministerpräsident Christian Wulff (rechts im Bild) bewirbt sich auf dem Landesparteitag am 14. Juni 2008 in Celle nicht mehr um den Vorsitz der CDU in Niedersachsen. Als Nachfolger hat er den CDU-Fraktionsvorsitzenden David McAllister (links im Bild) vorgeschlagen. Der Landesvorstand der CDU in Niedersachsen hat die Kandidatur David McAllisters einhellig begrüßt. „Die kontinuierliche Erneuerung der CDU in Niedersachsen ist unser aller Anliegen und eine zentrale Aufgabe. Ich möchte mich jetzt nach meiner Wiederwahl als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen ganz auf das Land, auf die Regierungsarbeit, meinen Osna-brücker Wahlkreis und meine Aufgabe als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands konzentrieren.

Mit David McAllister schlage ich meiner Partei einen kommunal- und landespolitisch erfahrenen und erfolgreichen Nachfolger vor. Er ist Generalsekretär der Landespartei gewesen, er ist ein glänzender Fraktionsvorsitzender, er hat das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands miterarbeitet, hervorragende Kontakte zu unserem Regierungspartner, der FDP, und ich habe zu ihm volles Vertrauen. Wir nehmen gemeinsam als Tandem die nächste Landtagswahlperiode 2013 bis 2018 in den Blick“, begründete Christian Wulff seine Entscheidung.

„Für mich ist es eine große Ehre, als neuer Vorsitzender der CDU in Niedersachsen vorgeschlagen zu werden. Christian Wulff bin ich dankbar für diesen großen Vertrauensbeweis. Ich möchte, dass die CDU in Niedersachsen eine attraktive, spannende und diskussionsfreudige Partei ist. Wir wollen deutlich machen, dass politisches Engagement sich lohnt und abwechslungsreich sein kann. Ich möchte offen für Neues sein. Es stehen viele Herausforderungen an. Es geht jetzt darum, die Wahl zum Europäischen Parlament und die Bundestagswahl im Herbst 2009 organisatorisch, personell und inhaltlich vorzubereiten. Die nächste Kommunalwahl steht 2011 an. Landespolitisch haben wir nicht nur die nächste Landtagswahl 2013 im Blick, sondern planen weit darüber hinaus konzeptionell für 2018 und 2023“, erklärte David McAllister.

Konstituierende Sitzung der Parlamentariergruppe Bahn Niedersachsen



Für die nächsten fünf Jahre wird der CDU-Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher seiner Fraktion, Karsten Heineking, die Geschicke der Parlamentariergruppe Bahn (PGB) Niedersachsen leiten. Auf der konstituierenden Sitzung wählten ihn die Mitglieder zu ihrem Präsidenten. Die verkehrspolitischen Sprecher der vier weiteren Fraktionen im Niedersächsischen Landtag, Gerd Will (SPD), Gabriela König

(FDP), Enno Hagenah (Grüne) und Ursula Weisser-Roelle (Linke) sowie der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Karl-Heinz Bley (CDU), sind auf der PGB-Mitgliederversammlung zu Vizepräsidenten gewählt worden. Der Assistent des Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für Niedersachsen und Bremen, Dr.-Ing. Cay Linau, wird weiterhin als Geschäftsführer der PGB tätig sein.

Arbeitskreis Umwelt und Klimaschutz zu Gast beim Naturschutzbund



Konstituiert: Die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt und Klimaschutz mit Umwelt-Staatssekretär Dr. Stefan Birkner (5. v.l.)

Die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt und Klimaschutz der Landtagsfraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag waren gemeinsam anlässlich einer zweitägigen Klausurtagung auf dem NABU Gut Sunder in Meißendorf zu Gast. Die Umweltpolitiker kamen auf Wunsch des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Karl-Heinrich Langspecht, aus dem Wahlkreis Bergen in den Landkreis Celle. Nach der

Landtagswahl hatten sich die Ausschüsse des Landtages und damit auch die Facharbeitskreise der Koalitionsfraktionen neu zusammengesetzt. Damit versammelte sich in Meißendorf der Arbeitskreis Umwelt und Klimaschutz erstmalig in der neuen Legislaturperiode. Neben grundsätzlichen organisatorischen Fragen legten die Umweltpolitiker inhaltliche Schwerpunkte für 2008 fest. Dabei waren unter anderem der Klima-

schutz in Niedersachsen, die Neuordnung des Umweltrechts auf Bundesebene, der Natur- und Artenschutz und der Küsten- und Hochwasserschutz die vorranglichen Themen der Klausurtagung. „Umweltpolitische Fragen an einem Ort wie hier auf Gut Sunder zu erörtern, ist ideal und sehr inspirierend“, zeigte sich der aus Glandorf stammende umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, von der Lage und Atmosphäre des Gut Sunder begeistert.

Einen großen Anteil an den Beratungen in Meißendorf nahm das Thema „Energiepolitik“ ein. „Niedersachsen muss sowohl als Wirtschafts- und Industriestandort als auch Energieerzeugungsland agieren. Deshalb stehen wir für einen technologieoffenen und ideologiefreien Energiemix aus erneuerbaren Energien, fossilen Energieträgern wie Kohle und Gas sowie der Kernenergie. Neben der umweltfreundlichen Erzeugung von Energie müssen die Menschen in Niedersachsen auch die Sicherheit haben, dass Energie sicher zur Verfügung steht und bezahlbar bleibt. Bei allen Bemühungen um den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeinsparmaßnahmen werden wir deshalb mittelfristig um den Bau neuer konventioneller Kraftwerke nicht herumkommen“, so Karl-Heinrich Langspecht.

Blumen für den Ministerpräsidenten zur Vermählung



Auf der ersten Fraktionssitzung nach der Heirat von Ministerpräsident Christian Wulff mit Bettina Körner haben seine Abgeordnetenkollegen aus seinem heimatlichen Bezirksverband Osnabrück-Emsland herzlich gratuliert und einen Blumenstrauß überreicht. Auch die Redaktion vom Bericht aus dem Landtag schließt sich der Gratulation an und wünscht dem Hochzeitspaar alles Gute!

Termine

Mittwoch, 7. Mai 2008, ganztägig

Plenum

Ort: Niedersächsischer Landtag

Donnerstag, 9. Mai 2008, ganztägig

Plenum

Ort: Niedersächsischer Landtag

Freitag, 10. Mai 2008, ganztägig

Plenum

Ort: Niedersächsischer Landtag

IMPRESSUM

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Verantwortlich:
Joachim Anlauf, Pressesprecher
Sabine Busse, Sekretariat Presse

Telefon (05 11) 30 30 - 41 18
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54

Joachim.Anlauf@lt.niedersachsen.de